

## Beschluss-(Resolutions-)Antrag

der Abgeordneten Dipl.-Ing.in Huem Otero Garcia (GRÜNE), Mag. Heidemarie Sequenz (GRÜNE), Dr. Jennifer Kickert (GRÜNE), Georg Prack, BA (GRÜNE) und David Ellensohn (GRÜNE) zu Post Nr. 4 der Tagesordnung für den Landtag am 23.11.2023.

### **Klimawandelanpassungsmaßnahmen brauchen eine strategische Planungsgrundlage für den öffentlichen Raum**

Wien war in vielen Rankings der letzten Jahre die lebenswerteste Stadt der Welt, aber erstens gilt das längst nicht für alle Wiener:innen, und zweitens bedroht der Klimawandel die Lebensqualität in Wien und die Gesundheit der Menschen in unserer Stadt. Mit der voranschreitenden Klimakrise wird es in Wien immer heißer, trockener, und staubiger. Insbesondere dicht verbaute Innenstadtbezirke und großflächig versiegelte Bereiche werden im Sommer unerträglich heiß. Die Anzahl an Hitzetagen (mit Temperaturen über 30°C) in Wien ist stetig am Steigen. Hitze und Schutz vor Hitze ist eine soziale Frage und die Antwort darauf lautet begrünen, begrünen, begrünen.

Der vorliegende Novelle der Wiener Bauordnung ist eine richtige Reaktion auf die Notwendigkeit des Schutzes von Stadtbäumen und der Erleichterung von Fassaden- und Dachbegrünungen. Die von den Grünen geforderte Verbesserung der Situation im Hinblick auf Nutzung und Versickerung von Niederschlagswasser fand ebenfalls Eingang in den vorliegenden Gesetzesentwurf. Das sind begrüßenswerte Maßnahmen, die sich allerdings auf die Objekt- bzw. Projektebene beschränken und primär den privaten Bereich betreffen.

Um die Stadt in dem notwendigen Ausmaß zu begrünen, damit die Wiener:innen in Zukunft weiterhin eine hohe Lebensqualität genießen können, müssen Begrünungsmaßnahmen großflächig umgesetzt und der öffentliche Raum umgestaltet werden. Aus einer im Jänner im Lancet veröffentlichten Studie "Cooling cities through urban green infrastructure: a health impact assessment of European cities" geht hervor, dass Wien seine beschattete Fläche verdoppeln muss, um zukünftig die Anzahl an Hitzetoten möglichst gering zu halten. Die

Bereitstellung von Grüner Infrastruktur ist mit hohen Kosten verbunden und kann nicht punktuell passieren, sondern muss strategisch geplant werden. So beschreibt es auch eine Stellungnahme der Universität für Bodenkultur zum vorliegenden Gesetzesentwurf:

*“Um die vielfachen Nutzungsansprüche und rechtlichen Anforderungen an den öffentlichen Raum sowie die großflächige Umsetzung von Klimawandelanpassungsmaßnahmen (Pflanzung von Straßenbäumen, Entsiegelung und Umsetzung des Schwammstadtprinzips) sicherstellen und kosteneffizient umsetzen zu können, wird eine verbindliche strategische Planung und Festlegung von Flächenzuweisungen an der Oberfläche sowie im Untergrund vorgeschlagen.”*

Was oben wächst, ist unten verwurzelt. Der Untergrund ist die Basis von Begrünungsmaßnahmen. Wir müssen Platz für Wurzelraum und Bewässerungsinfrastruktur von anderer Infrastruktur freihalten, daher ist es unumgänglich, auch den Untergrund in einer strategischen Planung zu berücksichtigen. Es ist notwendig, in der Planung auch die Bestandstadt zu berücksichtigen, denn hier leiden bereits viele Menschen unter der Hitze.

Der Aufbau eines solchen neu zu schaffenden Instrumentes könnte analog zum Bebauungsplan oder den Energieraumplänen erfolgen.

Die unterzeichnenden Landtagsabgeordneten stellen daher gemäß 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Wiener Landtag folgenden

### **BESCHLUSSANTRAG**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Wiener Landtag spricht sich dafür aus, dass die amtsführenden Stadträt:innen für Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung und Frauen, sowie für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, und für Klima, Umwelt, Demokratie und Personal, alle notwendigen Schritte einleiten, damit eine Planungsgrundlage für Begrünung von öffentlichen Flächen entwickelt werden kann, die eine strategische und kosteneffiziente Planung von Klimawandelanpassungsmaßnahmen ermöglicht.

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung dieses Antrags.

Wien, am 23.11.2023

